abgeordneten sich verpflichteten, gegen eine derartige Vorlage zu stimmen. Nach langer und lebhafter Debatte wurde schließlich eine Resolution dahingehend: "die Versammlung, an welcher zahlreiche Cigarrenfabrikanten und Cigarrenarbeiter theilnehmen, protestire entschieden gegen das geplante Tabakfabrikatsteuergesetz. Die zu beschaffenden Mehreinnahmen möchten durch eine beträchtliche Börsensteuer und durch eine gerecht vertheilte, progressiv gestaltete Reichseinkommensteuer auf alle Einkommen von 5000 Mk. aufwärts aufgebracht werden, gefaßt.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 u. 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der dem Bundesrath zugegangene grundlegende Gesetzentwurf bezüglich der Reichsfinanzreform hat folgenden Wortlaut: § 1. Matrikularbeiträge, ausschließlich der von einzelnen Bundesstaaten zur Reichskasse zu zahlenden besonderen Ausgleichungsbeträge, sind für jedes Etatsjahr nur in einer Höhe in den Reichshaushaltsetat einzustellen, welche mindestens um 40 Millionen Mark hinter dem Gesammtbetrage der den Bundesstaaten nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zustehenden Ueberweisungen aus den Erträgen der Zölle, der Tabaksteuer, der Reichsstempelabgaben und der Verbrauchsabgabe für Branntwein sowie des Zuschlags zu derselben zurückbleibt. Ergiebt sich nach der Rechnung für ein Etatsjahr eine höhere, als die nach der Bestimmung im ersten Absatz in dem Reichshaushaltsetat festgesetzte Differenz zwischen den Matrikularbeiträgen und den Ueberweisungen, so verbleibt der Mehrbetrag dem Reiche und es sind die den Bundesstaaten aus dem Ertrag der Zölle und der Tabaksteuer zu überweisenden Beträge nach dem Verhältniß der Bevölkerung, welche der Vertheilung ihres veranschlagten Betrages unter die einzelnen Bundesstaaten zu Grunde gelegt war, entsprechend zu kürzen. Ergiebt sich nach der Rechnung für ein Etatsjahr eine geringere, als die im ersten Absatz bezeichnete Mindestdifferenz zwischen den Matrikularbeiträgen und den Ueberweisungen, so bleibt ein entsprechender Betrag der Matrikularbeiträge unerhoben und wird von den veranschlagten Matrikularbeiträgen der einzelnen Bundesstaaten nach dem Verhältniß der Matrikularbeiträge, ausschließlich der im ersten Absatz bezeichneten besonderen Ausgleichungsbeträge, abgesetzt. — § 2. Nach der Rechnung sich ergebende Ueberschüsse des Reichshaushalts sind zu einem besonderen Fonds anzusammeln, welcher zur Ausgleichung in folgenden Jahren nach der Rechnung sich ergebender Fehlbeträge zu verwenden ist. Zu dem letzteren Zwecke ist derselbe in den Reichshaushaltsetat desjenigen Jahres, in welchem der Fehlbetrag eines früheren Jahres zu decken ist, bis in Höhe dieses Fehlbetrages in Einnahme zu stellen, insoweit nicht der betreffende Etat anderweit die Mittel zur Deckung bietet. — § 3. Hat der im § 2 bezeichnete Ausgleichungsfonds einen Bestand von 40 Millionen Mark erreicht, so sind die weiteren demselben zufließenden Beträge zur Tilgung von Reichsanleihen zu verwenden. Die nähere Bestimmung hierüber erfolgt durch den Reichshaushaltsetat. — § 4. Die Verwaltung des im § 2 bezeichneten Ausgleichungsfonds führt der Reichskanzler. Die Bestände des Fonds dürfen nur in Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen des Reiches verzinslich angelegt werden. Die Zinsen wachsen dem Fonds zu, dem Bundesrath und dem Reichstag ist bei ihrem regelmäßigen jährlichen Zusammentritt über den Bestand des Fonds und die bei demselben vorgekommenen Veränderungen Mittheilung zu machen. — § 5. Zur Deckung eines im Reichshaushaltsetat bei den fortdauernden Ausgaben und den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats sich ergebenden Fehlbetrages, soweit bezüglich desselben nicht die Bestimmung im § 2 dieses Gesetzes zur Anwendung kommt, können Zuschläge auf die dem Reich zustehenden Verbrauchsabgaben gelegt werden. Die Bestimmung darüber, auf welche Verbrauchsabgaben, in welcher Höhe und auf welche Dauer Zuschläge gelegt werden sollen, erfolgt durch ein besonderes Gesetz.

Die deutsche Heeresordnung ist dahin abgeändert worden, daß das Mindestmaß der für die Infanterie und Jäger auszuhebenden Rekruten von 1,57 Mtr. auf 1,54 Mtr. herabgesetzt wurde. Die gleiche Reduktion kann auch bei Rekruten des Trains eintreten. Die Maße für die übrigen Waffengattungen sind die bisherigen geblieben.

Zur Verzinsung der Reichsschuld dürfte für 1891/95 ein Mehr im Betrage von 53 Millionen gefordert werden. Davon würden etwa 5 Millionen auf die 3prozentige Reichsschuld entfallen. Insgesammt kommen von den Zinsen auf die 4prozentige Reichsschuld 18 Millionen, auf die 3½prozentige 265 Millionen und auf die 3prozentige etwas über 25 Millionen. Die Gesammtschuld des Reiches dürfte sich für den 1. April 1895 auf 700 Millionen 3prozentiger Anleihe, 650 Millionen 3½prozentiger und 450 Millionen 4prozentiger Anleihe belaufen.

Da die Einbringung einer Quittungssteuer nunmehr endgiltig beschlossen ist, wird ein Rückblick auf die Vorlage von 1881, in der schon damals dieselbe Steuer beantragt wurde, von Interesse sein, und zwar umsomehr, als die neue Vorlage mit der alten viele wesentliche Punkte gemeinsam haben wird. Schon 1881 wurde von der Regierung anerkannt, daß, während früher Stempelabgaben nur von gewissen, mit besonderer geschäftlicher Gewandtheit ausgerüsteten Kreisen zu entrichten waren, die neue Steuer in die verschiedensten Lebensverhältnisse und in den täglichen Verkehr aufs Schärfste eingreife. Mit Recht wurde aber auch hervorgehoben, daß die Erhebung dieser Steuer in anderen Staaten auf keine großen Schwierigkeiten gestoßen ist und daß die Bevölkerung sich rasch an sie gewöhnt hat. Nach der früheren Vorlage sollte die Steuer nun so erhoben werden, daß bei Beträgen über 200 Mark ein Stempel von 20 Pfg., bei Beträgen von 10—200 M. ein solcher von 10 Pfg. zu erheben war. In diesem Punkte bringt die neue Steuer eine Aenderung und Erleichterung, indem der Stempel für alle Beträge, welches auch ihre Höhe sei, nun 10 Pfg. betragen soll. Sehr wesentlich ist auch, daß die Steuergrenze von 10 auf 20 Mark hinaufgesetzt worden ist, sodaß die zahlreichen Quittungen von 10—20 Mark steuerfrei bleiben. Die Bestimmung, daß es strafbar sein soll, wenn Jemand eine auf einen höheren Betrag als 20 Mark lautende Quittung, um die Steuer zu umgehen, in mehrere, die unter dem steuerbaren Betrag bleiben, zerlegt, dürfte auch in der neuen Vorlage Aufnahme gefunden haben. Nach der alten Vorlage blieben steuerfrei die von Reichs- bez. Landeswegen auszustellenden Quittungen für Staatsgehälter, Sparkassen, Unterstützungskassen und über Abrechnungen innerhalb eines und desselben Betriebes, Bankdepositen und Einzahlungen auf Girocontos, da bei diesen angenommen wird, daß die betreffenden Summen thatsächlich Eigenthum des Einzahlers bleiben. Steuerfrei wurden ferner gelassen die Postquittungen und die Empfangsbescheinigungen über den Arbeitslohn von Tagelöhnern und Handarbeitern. Zu zahlen und an die Rechnung aufzukleben war der Stempel vom Aussteller der Quittung, oder wenn dieser im Auslande lebt, von dem Empfänger. Als Strafsatz für jede einzelne Hinterziehung war in dem Entwurf von 1881 der Betrag von 20 Mark angesetzt.

Von den preußischen Landtagswahlen ist allerlei Wunderbares zu vermelden. In der Stadt Posen wurden 122 Wahlmänner des Freisinns gewählt, von denen, nach den Namen zu schließen, „bloß" 82 Juden sind; daneben 67 Polen. Musterbeispiele schlechter Wahlbetheiligung werden aus Hohenzollern berichtet. Dort haben in einem Orte von 212 Berechtigten nur 8 Ultramontane gestimmt und zusammen 5 Wahlmänner ihrer Partei gewählt. Ein fast ganz ultramontaner Ort entsendet, da die Wähler nur sehr spärlich erschienen, 3 liberale Wahlmänner und 1 ultramontanen.

Die von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft geprägte neue Münze für Ostafrika, ein 2-Rupiestück, zeigt auf der einen Seite den Kopf in Kürassier-Uniform mit dem Adler auf dem Helm, während die Inschrift lautet: Guilelmus II., Imperator. Auf der andern Seite befindet sich das Wappen der Gesellschaft mit der Umschrift: Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft.

Unter sehr starkem Andrang sprach Hofprediger a. D. Stöcker in Berlin über den „Wucherer- und Spielerprozeß in Hannover". Der Vortragende führte aus: Der Prozeß sei für jeden Patrioten eines der schmerzlichsten Ereignisse, die sich denken lassen. Beide Theile, die Falschspieler und die Glücksspieler, erregen in gleicher Weise unser tiefstes Bedauern. Die Spielbanken sind im Einklang mit der öffentlichen Meinung aufgehoben worden; aber auch die in Monaco sollte aufgehoben werden, damit ihr Beispiel nicht immer wieder unsere Jugend verdirbt. Ich habe als Freund des preußischen Adels nach Entschuldigungen gesucht; ich habe keine gefunden. Freilich: was die Judenblätter darüber für ein Triumphgeheul anstimmen, ist der reine Pharisäismus. Der eine adelige Schlepper kann gar nicht mitgerechnet werden. Seine Handlungsweise ist so geartet, daß selbst der verbissenste Adelsfeind sie nicht diesem Stande zur Last legen kann. Ich bin auch überzeugt, daß die jungen Herren nicht zum Spiel gegangen sind, um reiche Leute zu rupfen, und wenn die Judenblätter jetzt sagen: die Handlungen von Hirsch, Wolff, Sommerfeld seien durch die Spielwuth der Hannoveraner in den Schatten gestellt, so trifft das höchstens auf die bestraften Falschspieler und Wucherer und Betrüger zu. Es ist sehr beklagenswerth, daß jetzt den Gegnern von Adel und Armee so viel Waffen in die Hände gespielt worden sind; aber lassen Sie durch das Geschrei nicht Ihr gerechtes Urtheil gegen die wirklichen Betrüger abschwächen. Der Adel und die Armee als Stand ist für diese Ausschreitungen nicht im Geringsten verantwortlich zu machen. Man bedenke, daß diese Dinge nicht in einer Garnison, nicht in einem Kasino vorgekommen sind. Hier wird gar nicht gespielt. Hier bietet der Korpsgeist und der gesellige Verkehr eine heilsame Schranke gegen Ausschreitungen. Hier sind solche Dinge nicht möglich. Ist doch der König selbst ein unerbittlicher Gegner des Spieles. Der Schatten fällt daher nicht auf Adel und Armee, sondern auf die einzelnen Leichtsinnigen. Wenn dem jungen Adel die Größe seiner Aufgabe immer vor Augen gestellt wäre, so würde er vor dem Leichtsinn zurückschrecken. „Noblesse oblige" — „Adel" heißt mittelhochdeutsch „edel" und althochdeutsch „Besitz". Also aus dem Grundbesitz heraus erwächst der Edelsinn. Der Stand der Groß- und Kleingrundbesitzer ist mir noch immer der höchste und ehrenwerthe. In ihm und im Pastorenstand haben die christlich-sozialen Ideen den meisten Wiederhall, hat auch die Judenfrage das meiste Verständniß gefunden. Der Adel hat noch heute die größte historische und politische Bedeutung für Volk und Staat. Die jüdischen demokratischen Redakteure werden das nicht verstehen; sie können es gar nicht verstehen. Der Adel ist kein Rang, wie Kant meinte, sondern ein Stand. Er ist auch nicht ein Orden; er ruht auf dem befestigten, bewährten anerkannten Besitz. Man muß ihn geschichtlich erfassen, um ihn zu verstehen. Die hamitischen Rassen haben keinen Adel, sondern nur Kasten. Die semitischen Völker kennen auch keinen Adel. Ich kann es deshalb auch gar nicht begreifen, daß man jemals Juden in den Adelstand erhoben hat. (Beifall). Ich will auch hoffen, daß es nicht wieder geschehen wird. (Lebhafter Beifall.) Man löst sie dadurch von ihrem historischen Boden ab. Der Adel ist politisch und historisch ein nothwendiges Element unseres Staatslebens. Neuerdings ist das demokratische Element in unserem Volke gewachsen. Demgegenüber muß es feste, gefestete Männer geben zum Schutze für das Königthum. Unsere Demokraten können als politische Kinder die Bedeutung des Adels meist gar nicht begreifen. Ich rede nicht von einer Ueberhebung, von einer Rangfolge der Stände. Es sind alle Stände nöthig. Ein Bürgerlicher, ein Arbeiter, ein Bauer kann so hervorragend sein, wie irgend ein Adeliger. Es ist ein Fehler, wenn der Adel zu exklusiv wird. Jeder Stand soll an seiner Stelle seine Pflicht thun. Eine Erhebung in den Adelstand ist eigentlich nur gerechtfertigt, wenn Grundbesitz und gefestete Verhältnisse die Vorbedingungen liefern. Ich halte andererseits die Heirath eines Adeligen mit einer Bürgerlichen keineswegs immer für eine Mesalliance. Der Adel wird auch Aristokratie genannt. Von Gelehrten- und Geldaristokratie zu sprechen, ist nicht berechtigt. Virchow ist z. B. ein großer Gelehrter, aber doch im Leben kein Aristokrat (Heiterkeit); ebensowenig kann man einen Bankier aristokratisch finden. Die große Nichtachtung des Geldes bei den Offizieren in Hannover scheint mir auf die falsche Erziehung zurückzuführen zu sein. Man sollte die jungen Adeligen nicht anders behandeln als andere Knaben; damit sich ein gewisses soziales Gefühl auch bei dem Adel ausbildet. Wenn die Söhne des Adels das Vermögen verschwenden, so geben sie damit die Grundlage ihres Adels, den Besitz, den Grundbesitz auf. Man sollte sie nicht zu lange in der militärischen Laufbahn lassen, sondern sie lehren, ihren Besitz zu pflegen, den seit Jahrhunderten ererbten, und sie für den politischen Dienst vorbereiten. Entäußert sich der Adel immer mehr seines Grundbesitzes, wird er zum bloßen Namens-, zum Blutadel, so verliert er seine Bedeutung als Stand. Wir stehen vor der Frage: Sollen unsere Gesellschaftsordnungen weiter bestehen? Unsere Kaiser, unser alter Kanzler haben das monarchische Gefühl wieder gehoben. Unsere Kirche muß sich umbilden, auf die sozialen Probleme eingehen und die ewigen Wahrheiten auf das Leben anwenden, sobald sie von der Staatsherrschaft etwas befreit ist. So muß auch der Adel wieder zu seinen historischen Aufgaben zurückkehren. Gegen den Besitzadel hat unser Volk gar nichts einzuwenden ... Der Prozeß von Hannover muß zu einer Predigt der Erneuerung werden. Stärke der Adel seinen Besitz und bemühe sich, so edel, als er sein kann, den Begriff der Ehre allenthalben hoch zu halten, dann werden die anderen Stände ihn um seine Stellung nicht beneiden. In unserer Zeit müssen die Stände nebeneinander arbeiten, und jeder wird versuchen, das Tüchtigste zu leisten, und im Wetteifer der Stände wird der Staat blühen und gedeihen. (Beifall.)

Einen hübschen Streich der Freisinnigen hat der nationalliberale Kandidat für Königsberg, Dr. Krause, in einer dortigen Wählerversammlung aufgedeckt. Er verlas einen freisinnigen Wahlaufruf, der sich durch ungewöhnliche Verständigkeit auszeichnete, und stellte dann fest, daß derselbe fast wörtlich aus dem Wahlaufruf des nationalliberalen Parteivorstandes aus dem Jahr 1888 entnommen war.

Gegenüber der Nachricht, daß gegen das Urtheil im Spielerprozeß Revision eingelegt sei, verlautet aus Hannover, daß die Verurtheilten bereits in das Gefängniß zu Hameln übergeführt worden sind. In dem am 15. d. M. beginnenden zweiten Wucherprozeß gegen Hollmann und Genossen spielen fast die gleichen Zeugen eine Rolle wie im Prozeß Seemann.

In Oberhof in Meiningen ist ein Raubmord an einem 82jährigen Manne Namens Nickel verübt worden, welcher todt im Keller vorgefunden wurde. Der oder die Raubmörder haben viele alte Thalerstücke geraubt. Verdachtsspuren sind vorhanden.

Oesterreich. Fürst Windischgrätz besuchte am Sonntag in Wien die Abgeordneten Jaworski und Plener, die Häupter der Polenpartei und der deutschen Linken.

Ungarn. Der Kaiser empfing am Sonntag in Pest den Fürstprimas Vaszary, den Kardinal Schlauch und den Minister Hieronymi in Privataudienz.

Der „Magyar Hirlap" meldet aus guter Quelle, daß der Gesetzentwurf, betreffend die obligatorische Civilehe, wahrscheinlich heute den Abgeordneten vorgelegt werde.

Frankreich. In der Rede, welche der Kriegsminister bei der Enthüllungsfeier des Denkmals zur Erinnerung der Schlacht von Wattignies in Maubeuge hielt, gedachte derselbe Lazare Carnotz als des eigentlichen Organisators des Sieges und führte aus, der Erbe seines Namens habe bei Ausübung seines Amtes als erster Beamter der Republik die Achtung aller Parteien zu gewinnen vermocht und dazu beigetragen, überallhin den friedlichen Einfluß und den guten Ruf Frankreichs zu verbreiten. Präsident Carnot wohnte der Feier in Person bei.

Der frühere Minister Tirard, Mitglied des Senats, ist in Paris gestorben. Tirard gehörte zu den vertrautesten Freunden des Präsidenten Sadi Carnot. Als dieser im Dezember 1887 aus Verlegenheit zum Oberhaupt der französischen Republik gewählt wurde — weil die aussichtsvollsten Kandidaten, welche über den größten Anhang verfügten, einander zu lebhaft bekämpften und außerdem von den Deroulède und Genossen mit der Einmischung der Straße förmlich gedroht wurde —, da war Tirard der erste Verlegenheits-Ministerpräsident, der sich Carnot zur Verfügung stellte. Er kannte die Staatsgeschäfte im Großen und Ganzen, denn er war vordem schon einmal Minister gewesen und sein Debut als Premierminister glückte über Erwarten. Ob dies geschah, weil er besondere Begabung besaß oder weil in Frankreich zur Ministerpräsidentschaft keine besondere Begabung gehört, darf dahingestellt bleiben. Auch bei späteren Gelegenheiten that Tirard seinem Freunde Carnot den Gefallen, wiederum den Ministerpräsidenten zu spielen. Eine politische Rolle hat er nie gespielt.

Italien. Eine Versammlung in Rom von 23 Deputirten des Centrums unter Vorsitz Sonninos beschloß, eine unabhängige Partei zu bilden, dem Ministerium Opposition zu machen sowie jede Verwaltung zu unterstützen, welche der ernsten Sachlage Rechnung tragen würde und zur Heilung der Krise alle politischen und moralischen Kräfte aufbiete.

Crispi soll sich von einer nahen Kabinetskrisis überzeugt und zu unbedingter Unterstützung eines Kabinets Zanardelli geneigt erklärt haben.

Der Philosoph und frühere Unterrichtsminister Villari erklärt in der Presse, das Vaterland sei in Gefahr, aber nicht durch äußere Feinde, sondern durch die Italiener selbst. Die ganze moralische Existenz Italiens stehe auf dem Spiel, falls sich die Kammer in kleinlichen Parteischarmützeln erschöpfe. Nur wenn das ganze Volk sich einmüthig um die Monarchie schaare, könne die Krise überwunden werden.

Spanien. Das Marineministerium läßt 6 leichte Schiffe ausrüsten, welche das Bombardement der Küste bei Melilla ausführen sollen, da die geringe Tiefe der dortigen Gewässer die Annäherung größerer Schiffe nicht zuläßt.

England. Die am Sonnabend wieder aufgenommene Konferenz der Delegirten der Grubenarbeiter und Eigenthümer ist resultatlos verlaufen. Das Meiste, was die Eigenthümer anboten, war die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, welches einen Ausgleich herbeiführen solle. Der Ausgang der Konferenz hat die größte Enttäuschung hervorgerufen und man erwartet, daß eine erhebliche Zahl Eigenthümer vom Verbande abfallen und in der nächsten Woche ihre Gruben zu den alten Löhnen eröffnen wird. Die Grubenbesitzer von Northumberland haben ihren Arbeitern eine 5prozentige Lohnerhöhung für die nächsten drei Monate zugestanden.

Die Seebehörde in Portsmouth erhielt die Nachricht, daß bei einer Explosion der Pulvermühle in Rio de Janeiro 3 Offiziere und ein Matrose der englischen Kriegsschiffe „Sirius" und „Racer" getödtet und 5 Matrosen verletzt worden seien. Dieselben hätten an der Küste Land gehabt; die brasilianische Behörde habe sie für Aufständige gehalten und deshalb die in der Nähe befindliche Pulvermühle in die Luft gesprengt.

Bulgarien. Zwischen dem Fürsten Ferdinand von Bulgarien und seinem Premierminister Stambulow, dem „bulgarischen Bismarck", sollen heftige Meinungsverschiedenheiten entstanden sein. Wie nun aus Sofia berichtet wird, hat die Sobranje den Entwurf einer Adresse an den Fürsten angenommen, in welcher unter Umschreibung der Thronrede der Regierung und dem Fürsten für das in siebenjähriger Regierung Vollbrachte gedankt und mit besonderer Genugthuung die Heirath des Fürsten als ein bedeutsamer Staatsakt hervorgehoben wird, durch den die nationale Dynastie begründet und gegen alle die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes bedrohenden Umtriebe ein Damm gebildet würde. Die Adresse verweist auf das Ergebniß der Wahlen als einen Beleg dafür, daß das bulgarische Volk sich durchaus solidarisch fühle mit der Politik und Verwaltung der Regierung, welche der Fürst seit seinem Regierungsantritt, unter Beihilfe Stambulows, eingehalten habe. Das Volk erblicke darin die Erfüllung seiner Ideale.

Amerika. Der Senat hat den Beschluß des Repräsentantenhauses, daß der Kongreß sich bis zu den regelmäßigen Sitzungen im Dezember vertage, angenommen. Im Dezember wird das Repräsentantenhaus sofort die Tarifvorlage berathen. Es heißt, daß die Reduktion der Einfuhrzölle mäßig sein und viele Freunde einer radikalen Reform enttäuschen wird.

Kunst und Wissenschaft.

† Der fesselnde Zug hoher Vollendung beherrschte auch vorgestern wieder die Aufführung der Königl. Hofoper: „Tannhäuser", in der neuen Bearbeitung. Die Königl. Kapelle mit Generalmusikdirektor Schuch an der Spitze, Solisten, Singechor, sowie die Leiter des technischen Apparates, Alle waren bestrebt, die Vorstellung hervorragend zu gestalten. Vorzüglich waren wieder Frl. Malten als Venus und Frau Wittich in der Rolle der Elisabeth. Beide Künstlerinnen sind mit gleichem Vorzuge zu nennen. Den Ausdruck dämonischer Leidenschaft, der Gluth und Begeisterung bringt Frl. Malten mit gleichen außerordentlichen Wirkungen hervor, wie Frau Wittich die Schlichtheit und Einfachheit der Elisabeth und ausgezeichnet wirken die Gegensätze, die hier geschaffen sind. Herr Scheidemantel als Wolfram ist kaum zu übertreffen. Das edle, reine Empfinden vereinigt sich hier mit einer Größe und Vollkommenheit der Auffassung zu einer Leistung, die einen ungetrübten Kunstgenuß der seltensten Art bietet. Für die Titelrolle bringt Herr Grützinger eine vortheilhafte äußere Erscheinung mit, der Mangel an entsprechendem Ausdruck, an Poesie und vornehmer Leidenschaft ist dagegen zu auffällig bemerkbar, um verschwiegen werden zu können. Die Herren Nebuschka, Hoimüller, Schrauff, Decarli und Frl. Brüning (Hirt) gaben ihre gewohnten Rollen mit Fleiß und Sorgfalt. Die vorzüglich besuchte Vorstellung errang sich den allgemeinen Beifall des Hauses.

† Das Königl. Schauspiel giebt heute zum ersten Male: „Der Pfennigpeter", Schauspiel in vier Akten von C. v. Wald-Zedtwitz und C. Sawersky.

† In der Königl. Hofoper geht heute „Cornelius Schut", Oper in drei Akten von Smareglia, in Scene.

† In Folge einer starken Erkältung des Generalmusikdirektors Herrn Hofrath Schuch war am Sonnabend die Aufführung der „Sicilianischen Bauernehre" noch in letzter Stunde ebenfalls in Frage gestellt. Kurz entschlossen jedoch ergriff Herr Musikdirektor v. Schreiner den Taktstock und führte ohne jegliche Vorprobe das sehr schwierige Werk tadellos zu Ende.

† Morgen Mittwoch gelangt in der Königl. Hofoper die mehrmals verschobene Oper „Robert der Teufel" zur Aufführung, und Donnerstag geht auf Wunsch vieler Fremden Wagners „Lohengrin" mit den Damen Malten und Chavanne, Herren Anthes u. s. w. in Scene. Anfang an beiden Abenden halb 7 Uhr.

† Im Residenztheater wird augenblicklich der „Seekadet", komische Operette von Richard Genée, auf das Sorgfältigste einstudirt und gelangt am Mittwoch den 8. ds. M. zum ersten Male zur Aufführung. Das interessante lebende Schachspiel am Schluß des zweiten Aktes wird von ca. 50 Kindern ausgeführt. Die Operette ist vollständig neu ausgestattet.

† Frau Fannie Bloomfield-Zeisler giebt heute im Saale des Gewerbehauses ihr Klavierconcert unter Mitwirkung der Gewerbehauskapelle.

† Wie die „B. B.-Ztg." erfährt, hat die Intendanz der Königl. Schauspiele in Berlin dieser Tage auf Befehl des Kaisers an diejenigen Mitglieder der Königl. Bühne, welche ein „von" vor ihrem Namen führen, die Aufforderung ergehen lassen, sich über ihre Berechtigung zur Führung des Adelsprädikates auszuweisen. Infolge dieser Aufforderung, bemerkt das genannte Blatt, werden voraussichtlich von jetzt an auf den Programmen der Königl. Schauspiele einige bürgerliche Namen mehr zu lesen sein!

† Ganz glänzende Leistungen auf dem Gebiete der Photographie sieht man gegenwärtig auf der Pragerstraße (34) in den Schaufenstern der photographischen Anstalt von Erwin Raupp ausgestellt. Sowohl die farbigen Bilder wie auch diejenigen im einfachen photographischen Ton sprechen durch die Eleganz ihrer Ausführung wie durch ihre überaus malerische Wirkung an. Die Präcision und Deutlichkeit der Photographieen und der sprechende Ausdruck aller Persönlichkeiten verrathen, daß Herr Raupp es versteht, seine Objekte allen störenden Einflüssen bei der Aufnahme zu entziehen und den treffenden und charakteristischen Augenblick festzuhalten, in welchem der Ausdruck der Gesichter der natürliche und ungezwungene ist. Diese Arbeiten verdienen als hervorragende in ihrem Fach bezeichnet zu werden.

† Der Stadtrath zu Hainichen hat die Absicht, alle Andenken von dem 1715 zu Hainichen geborenen Liederdichter Christian Fürchtegott Gellert zu sammeln. Es ergeht deshalb an Jedermann, die im Besitze von von dem Dichter herrührenden oder auf ihn Bezug habenden Gegenständen sein sollten, die Bitte, solche dem Bürgermeister Friedel in Hainichen zur Einverleibung in die anzulegende Sammlung zu überlassen. Es steht völlig frei, das Eigenthum an den Gegenständen vorzubehalten. Erwünscht sind namentlich auch Ausgaben der Gellertschen Werke und Schriften über Gellert, sowie Bilder und Autographen desselben.

† Für die im Frühjahr verstorbene Sängerin Hermine Spies ist auf dem Friedhof in Wiesbaden jetzt ein vornehm wirkendes Grabmal errichtet worden, das neben anderem Schmuck die Schlußnoten der von der Künstlerin so meisterhaft vorgetragenen Alt-Arie aus der Bachschen Johannes-Passion „Es ist vollbracht" und den Anfang des Schubertschen Liedes Litanei „Ruhn in Frieden alle Seelen" trägt.

† Das fünfaktige Schauspiel „Arme Maria" von Richard Voß, über welches schon nach der ersten Aufführung in Stuttgart nicht viel Gutes verlautete, ist vorgestern im Lessingtheater in Berlin in grausamer Weise abgelehnt worden. Der Dichter hat seinen Stoff dem modernen italienischen Salonleben entnommen, dessen moralisch bedenkliche Seite er in einer Reihe grell beleuchteter Bilder vorführt.

† Großes Aufsehen erregt in Paris das durch die Censur ergangene Verbot der Aufführung des von Lemaitre verfaßten Theaterstückes „Les Rois". Der österreichische Botschafter Graf Hoyos fand, daß die Schlußszene eine zu große Aehnlichkeit mit dem Drama von Mayerling habe. Lemaitre erhielt deshalb den Auftrag, sein Stück umzuändern. (Es waren für die Aufführung des Stückes bereits Eintrittskarten für 45,000 Frcs. verkauft worden.) Nachdem die Stelle bezüglich des Dramas in Mayerling gestrichen worden, wurde das Manuskript den Censoren wieder vorgelegt, deren Entscheidung noch aussteht.

---

* Im Anschluß an das gemeldete letzte Eisenbahnunglück in Amerika schreibt die „N. Staats-Ztg.": „Da haben wir's wieder: es war wieder ein Freitag, an welchem das jüngste große Eisenbahnunglück sich ereignete; und dreizehn Waggons in dem verunglückten Zuge; und der Waggon, in welchem das Unglück stattfand, trug die Nummer 13, und die Anzahl der Todten war 26, also 2×13, und 39 Verwundete, also 3×13, und was vollständig überzeugend ist, das Direktorium der Bahngesellschaft, welche durch empörende Ueberanstrengung ihrer Leute und durch verbrecherisch leichtsinnigen Betrieb an der Katastrophe die Hauptschuld trägt, setzt sich aus 13 Mitgliedern zusammen. Wenn man einen davon hinge (so führt das Blatt fort), nur aus Prinzip, so ..... so würde es zwar nicht weniger abergläubische Leute, aber jedenfalls bald weniger Eisenbahnkatastrophen geben."

Hôtel zum Goldnen Engel, Dresden
Altrenommirtes Haus. Solide Preise. Vorzügl. Küche. Abend-Restaurant.

Nr. 311. Seite 3. Dienstag, 7. Nov. 1893